

Quelle:	Schwarzwälder Bote, Oberndorf (R10) vom 27.08.2022, S. 7 (Tageszeitung / täglich ausser Sonntag, Oberndorf am Neckar)		
Auch in:	Lahrer Zeitung • Schwarzwälder Bote Albstadt-Ebingen • Schwarzwälder Bote Bad Wildbad • Schwarzwälder Bote Balingen • Schwarzwälder Bote Calw • Schwarzwälder Bote Donaueschingen • Schwarzwälder Bote Freudenstadt • Schwarzwälder Bote Hechingen • Schwarzwälder Bote Horb • Schwarzwälder Bote Nagold + 6 weitere Quellen »		
Auflage:	4.842	Reichweite:	10.120
		Autor:	Barbara Schäder
		Ressort:	Wirtschaft

# Gezielte Entlastung ist kompliziert

Inflation | Beschlossene Hilfen kommen nicht bei den Richtigen an / Experten erklären die Hintergründe

Angesichts der hohen Inflation wird über weitere Hilfen für Verbraucher diskutiert. Doch diese in der Praxis ausschließlich Bedürftigen zukommen zu lassen birgt Herausforderungen.

■ Von Barbara Schäder

**Frankfurt.** Die Bundesregierung müsse beim nächsten Entlastungspaket »endlich« eine soziale Komponente in Gestalt einer Einkommensschwelle einbauen, forderte am Freitag der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) in einem MDR-Interview. Warum das in der Praxis gar nicht so einfach ist.

## Worauf bezieht sich die Kritik?

Sie entzündet sich vor allem daran, dass der Tankrabatt und die Mehrwertsteuersenkung auf Erdgas ausgerechnet diejenigen Verbraucher begünstigen, die besonders viel Sprit und Gas verbrauchen. Das sind in erster Linie Menschen mit großen Autos und Wohnungen, also nicht die sozial Bedürftigen.

Überdies erhalten im September alle Erwerbstätigen eine Energiekostenpauschale von 300 Euro. Sie unterliegt zwar der Einkommensteuer, doch auch Spitzenverdienern bleibt netto über die Hälfte – obwohl sie das Geld nicht unbedingt brauchen. Ein weiterer Kritikpunkt: Rentnerinnen und Rentner bekommen die Pauschale nur, wenn sie arbeiten. Ruheständler haben bislang keine direkten Zahlungen erhalten, es sei denn, sie haben Anspruch auf Grundsicherung oder Wohngeld. Denn für Transferleistungsbeziehende gab es im Juli einmalige Zuschüsse.

## Warum gibt es für die Pauschale keine Einkommensgrenze?

»Bei einer harten Einkommensgrenze besteht natürlich immer das Problem, dass diejenigen, die nur wenige Cent darüber liegen, sich ungerecht behandelt fühlen«, sagt dazu Professor Alexander Kritikos vom Deutschen Institut

für Wirtschaftsforschung (DIW). »Vorstellbar wäre folgendes Modell: Für Personen mit einem Jahresbruttoeinkommen von bis zu 40 000 Euro gibt es die volle Energiekostenpauschale, darüber wird sie nach und nach abgeschmolzen.«

Aber auch hier gebe es Schwierigkeiten: »Entscheidend für die Bedürftigkeit sind letztlich die Haushaltseinkommen. Dazu fehlt es aber an einer hinreichenden Datengrundlage. Wenn Eheleute nicht gemeinsam veranlagt werden, weiß der Staat nicht, ob ein Geringverdiener mit einer reichen Unternehmerin zusammenlebt.« Gerade Selbstständige verzichten häufig auf eine gemeinsame steuerliche Veranlagung, um zu verhindern, dass im Falle einer Insolvenz auch auf Vermögen des Partners oder der Partnerin zugegriffen werde.

## Warum zahlt der Staat nicht allen Geld und prüft nachträglich die Bedürftigkeit anhand der Steuererklärung?

»Der Staat kann nicht einfach jedem Bürger Geld überweisen, weil er gar nicht über die Kontonummern verfügt«, sagt Silke Übelmesser, Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Jena. Die Energiekostenpauschale wird deshalb bei abhängig Beschäftigten über die Arbeitgeber und bei Selbstständigen über die Finanzämter ausgezahlt. Immerhin sieht der Entwurf des Jahressteuergesetzes nun vor, dass zusätzlich zu der bereits an jeden Bürger vergebenen Steuer-Identifikationsnummer künftig auch eine Kontonummer gespeichert werden soll.

Solange es das Kontonummern-Register noch nicht gibt, könnte der Staat allenfalls beschließen, die Hilfen überhaupt erst nach Eingang der Steuererklärung auszu zahlen beziehungsweise von der Steuer abzuziehen. »Das gäbe aber eine enorme zeitliche Verzögerung – und es könnten nur die profitieren, die eine Steuererklärung einreichen«, sagt Übelmesser.

## Wie wäre es mit einer Antragslösung?

»Eigentlich müsste es möglich sein, dass der Staat festlegt, Unterstützung nur bis zu einem bestimmten Nettoeinkommen pro Kopf zu leisten«, meint Katja Rietzler, Referentin für Steuer- und Finanzpolitik beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. »Haushalte, die darunter liegen, könnten dann unter Angabe der Steuer-Identifikationsnummern allen Haushaltsmitglieder einen Antrag auf Zuschüsse stellen.« Eine Nachprüfung wäre später auf Basis der Steuererklärung möglich. Aber: »Die Berichte über Probleme mit den elektronischen Grundsteuerklärungen lassen vermuten, dass die Finanzverwaltung Schwierigkeiten haben dürfte, massenhafte Anträge auf ein Energiegeld kurzfristig zu bearbeiten.«

## Wäre eine Steuerreform eine Möglichkeit?

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) plant ein »Inflationausgleichsgesetz«. Es soll verhindern, dass Lohnerhöhungen von der Steuer aufgefressen werden. Bürger, deren Einkommen gleich bleibt, bliebe nach Inkrafttreten der Reform im kommenden Jahr mehr Netto vom Brutto. Auch hier gilt aber, dass Menschen mit höheren Einkommen besonders profitieren.

Theoretisch wäre denkbar, die Einkommensteuer so zu reformieren, dass Geringverdiener noch stärker entlastet werden – was allerdings ein Loch in die Staatskasse reißen würde. Zur Gegenfinanzierung wären dann Steuererhöhungen für andere Einkommensgruppen notwendig. »Darüber kann man diskutieren, darf aber nicht außer Acht lassen, dass die oberen Einkommensklassen schon jetzt einen erheblichen Teil der Steuerlast tragen«, sagt die Jenaer Professorin Übelmesser. Die aktuellen Probleme durch die hohen

Teuerungsraten durch eine umfassende Steuerreform zu lösen, hält sie für unrealistisch: »Eine Steuerrückumkehr würde jetzt alle überfordern.«



Die gestiegenen Preise machen Verbrauchern zu schaffen, die Politik bemüht sich um Entlastung. Foto: Imago/Wagner

**Alle weiteren Quellen:** [Lahrer Zeitung](#) • [Schwarzwälder Bote Albstadt-Ebingen](#) • [Schwarzwälder Bote Bad Wildbad](#) • [Schwarzwälder Bote Balingen](#) • [Schwarzwälder Bote Calw](#) • [Schwarzwälder Bote Donaueschingen](#) • [Schwarzwälder Bote Freudenstadt](#) • [Schwarzwälder Bote Hechingen](#) • [Schwarzwälder Bote Horb](#) • [Schwarzwälder Bote Nagold](#) • [Schwarzwälder Bote Rottweil](#) • [Schwarzwälder Bote Schramberg](#) • [Schwarzwälder Bote Schwenningen](#) • [Schwarzwälder Bote St. Georgen, Triberg, Furtwangen](#) • [Schwarzwälder Bote Sulz](#) • [Schwarzwälder Bote Villingen](#)  
zum Anfang dieses Artikels